

NACHRICHTEN

GPK verzichtet auf Untersuchung

BERN sda/red. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats will keine Untersuchung zur Unternehmenssteuerreform II, die das Volk im Februar 2008 knapp guthiess. Der Entscheid fiel mit 12 zu 8 Stimmen. Der Antrag für eine Untersuchung durch die Kommission kam aus der GPK selbst. Der Streitpunkt: Im Abstimmungsbüchlein rechnete der Bundesrat mit «kurzfristig» 83 Millionen Franken Steuerausfällen für die Bundeskasse. Unterdessen geht er davon aus, dass dem Fiskus allein in diesem Jahr 1,2 Milliarden Franken entgehen.

Bund warnt vor Masernepidemie

BERN sda. Der Schweiz droht eine neue Masern-Epidemie. Seit Anfang 2011 sind 337 Menschen an Masern erkrankt, viermal mehr als im ganzen vorangehenden Jahr zusammen. Besonders betroffen ist die Region Basel. Dort erkrankten seit Dezember allein 59 Personen aus dem Umfeld einer Gemeinschaft, welche ihre Kinder nicht impfen lässt, wie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern mitteilte. Am meisten Masernfälle zählte aber Genf mit 152.

Schweiz sperrt Gbagbo-Millionen

BERN sda. Die Schweiz hat seit Januar 70 Millionen Franken an Vermögenswerten aus dem Umfeld des ehemaligen ivoirischen Präsidenten Laurent Gbagbo gesperrt. EDA-Sprecher Adrian Sollberger bestätigte gestern eine entsprechende Meldung von «20 Minuten Online».

Hupac kauft 2200 neue Waggon

GÜTERVERKEHR sda. Die im kombinierten Lastwagen-Güterzugverkehr tätige Hupac will 2015 eine Million Transporte per Zug befördern, die sonst über die Strasse gerollt wären. 2010 waren es noch gut 690 000 solcher Transporte gewesen, die von der Hupac abgefertigt wurden. Wie die Hupac gestern anlässlich ihrer Bilanzmedienkonferenz in Zürich mitteilte, verzeichnete sie 2010 eine Zunahme des Transportvolumens um 13,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit dem Jahr 2000 sei damit das Volumen um 70 Prozent gesteigert worden.

Verwaltungsratspräsident Hans-Jörg Bertschi betonte, damit sei der Umsatzeinbruch aufgrund der Wirtschaftskrise schneller bewältigt worden als erwartet. Ein noch stärkeres Wachstum sei 2010 dadurch verhindert worden, dass zu wenige Waggon zur Verfügung gestanden hätten.

Die Hupac will deshalb bis 2015 weitere 2200 Waggon zu den 5600 dazukaufen, die ihr heute schon gehören. Insgesamt will sie in diesen vier Jahren rund 300 Millionen Franken in den Bau neuer Terminals, für neue Computerlösungen und neue Waggon investieren.

2010 stieg der Hupac-Konzernumsatz um 4,9 Prozent auf 504 Millionen Franken. Der Jahresgewinn erhöhte sich um 16,3 Prozent auf 3,2 Millionen Franken.

4-Meter-Standard verlangt

Für die verstärkte Verlagerung der Strassentransporte auf die Schiene verlangt die Hupac einen kontinuierlichen Ausbau der Bahn-Güterstrecken zum neuen Gotthardtunnel. Dafür müsse der Gotthardkorridor durchgehend auf den internationalen 4-Meter-Standard ausgebaut werden. Dieser Standard wird in der Schweiz zum grössten Teil heute nicht erreicht. Ein Vollausbau würde Kosten von gegen 600 Millionen Franken verursachen.

«Die Prognosen sind sehr optimistisch»

BERN Die AHV steht laut Bundesrat finanziell solider da, als er bisher glaubte. Dennoch müssten die Leute länger arbeiten, sagt der Experte.

INTERVIEW JAN FLÜCKIGER
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch

Hans Groth, der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die Finanzierung der AHV länger gesichert ist als bisher angenommen (siehe Text unten). Haben wir also alles im Griff?

Hans Groth*: So kann man das nicht sagen. Die Prognosen – die übrigens sehr optimistisch sind – sagen nur, dass wir noch etwas mehr Zeit haben, um notwendige Reformen einzuleiten und zukunftsfähige Lösungen zu finden.

Warum sind die Prognosen in Ihren Augen zu optimistisch?

Groth: Der Bundesrat geht davon aus, dass die Nettozuwanderung mit 40 000 Personen pro Jahr konstant hoch bleibt. Gleichzeitig nimmt er an, dass die Löhne stetig weitersteigen. Wenn man aber den starken Franken anschaut, weiss ich nicht, ob die Wirtschaft ewig weiter so wachsen wird, ohne dass zumindest die Löhne unter Druck kommen.

Und was ist mit der Zuwanderung?

Groth: Die Frage ist einerseits, ob die Akzeptanz der Bevölkerung für eine Zuwanderung in dieser Höhe langfristig erhalten bleibt. Das wage ich zu bezweifeln. Zweitens ist die Schweiz für Zuwanderer nur so lange attraktiv, wie die Wirtschaft blüht und die Löhne hoch bleiben. Wenn die Wirtschaft sich abkühlt, kommen auch weniger Leute.

Ist es überhaupt nachhaltig, die AHV mittels Zuwanderung finanzieren zu wollen? Irgendwann kommen ja auch die Zuwanderer in Rente.

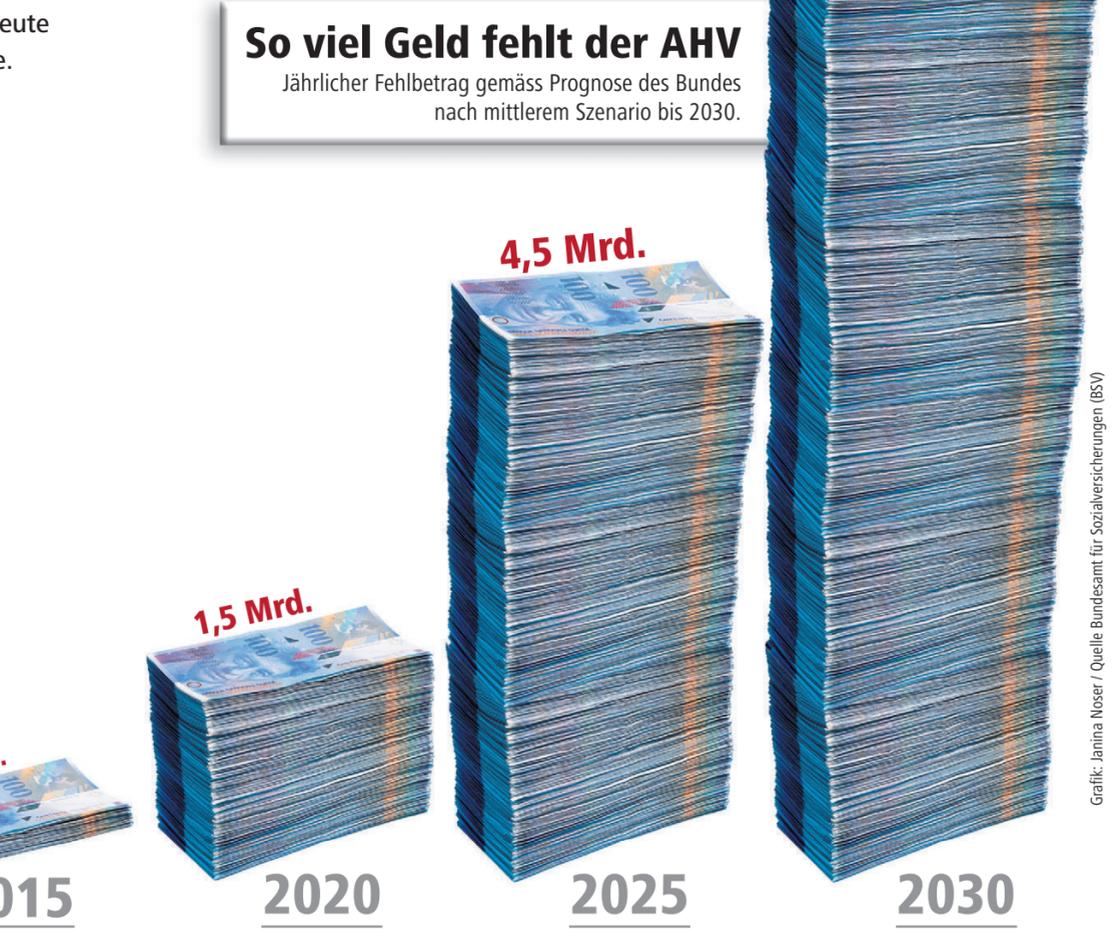
Groth: Das ist genau der Punkt. Kurzfristig kann die Zuwanderung helfen. Langfristig schafft man sich damit ein Problem. Die Leute, die heute zuwandern, haben in 30 Jahren ebenfalls Anspruch auf eine Rente. Das System könnte nur dann funktionieren, wenn die Bevölkerung ständig in diesem Ausmass weiterwachsen würde.

Wäre ein solches Bevölkerungswachstum überhaupt verkraftbar?

Groth: Ich finde klar: nein. Man muss versuchen, das Problem mit der vorhandenen Bevölkerung zu lösen. Man kann nicht nur auf die Zuwanderung setzen. Sonst bezahlt man die Rechnung einfach ein paar Jahre später.

Was sind die Alternativen, um die AHV zu retten?

Groth: Der entscheidende Faktor ist das Verhältnis zwischen den Leuten, die arbeiten und in die AHV einzahlen, und den Leuten, die Rente beziehen.



Grafik: Janina Nosler / Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)

Der Trend ist klar: Immer weniger Leute arbeiten pro Rentner. Das ist auch logisch. Die Lebenserwartung seit der Einführung der AHV ist um 13 Jahre gestiegen. Die Lebensarbeitszeit hingegen nicht.

Das heisst also, das Rentenalter muss erhöht werden?

Groth: In der Tendenz sicher, ja. Ich bin aber für ein flexibles Modell. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass man bis ins Alter von 60 Jahren voll arbeitet. Danach könnte man reduziert weiterarbeiten, bis 70. Wer früher pensioniert werden möchte, müsste mit finanziellen Einbussen rechnen. Für die unteren Lohnklassen und Leute mit harter körperlicher Arbeit müsste man das natürlich abfedern.

Was passiert, wenn die Lebensarbeitszeit nicht erhöht wird?

Groth: Dann wird man die Beiträge entsprechend erhöhen müssen – mit allen volkswirtschaftlichen Konsequenzen. Eine andere Variante wäre es, bereits ab der Geburt Beiträge zu bezahlen.

Also könnten einfach alle mehr einzahlen und dafür weiterhin mit 65 in Rente gehen?

Groth: Theoretisch ja. Aber das Problem sind nicht nur die Kosten. Wenn

weniger Leute arbeiten, bedeutet das auch Produktivitätsverluste und weniger Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland.

Wieso das?

Groth: Weil ungenutztes Potenzial brachliegt. Übrigens nicht nur bei den Älteren, auch bei den Frauen. Schon heute muss die Schweizer Wirtschaft jedes Jahr 1 Prozent wachsen, allein um den Produktivitätsverlust der Alterung zu kompensieren.

«Man kann nicht nur auf die Zuwanderung setzen.»

HANS GROTH,
LEHRBEAUFTRAGTER FÜR
DEMOGRAFIE

Aber sind ältere Leute auf dem Arbeitsmarkt überhaupt noch gefragt?

Groth: Die Wirtschaft muss hier in der Tat umdenken. Es muss vermehrt Arbeit für ältere Leute angeboten werden. Und die Arbeit im Alter muss gesundheitsvertraglicher gestaltet werden – eben zum Beispiel mit reduzierten Pensionen.

Braucht es noch andere Massnahmen?

Groth: Die tatsächliche Lebensarbeitszeit jedes Einzelnen muss vermehrt berücksichtigt werden. Es ist ein Unterschied, ob jemand bis ins Alter von 30 Jahren studiert hat oder ob er mit 16 angefangen hat zu arbeiten.

Die Gewerkschaften sehen die geänderten Prognosen als Signal dafür, dass die AHV funktioniert, so wie sie ist.

Groth: Das wäre eine völlig falsche Interpretation. Erstens sind solche Prognosen immer Momentaufnahmen. Und zweitens kriegen wir spätestens in zehn Jahren so oder so ein Problem. Es bleibt uns nichts anderes übrig als zu reformieren. Es geht nicht darum, die Solidarität zu untergraben, aber es braucht einen neuen Generationenvertrag. Sonst haben die Jungen zu Recht kein Vertrauen mehr in dieses System. Der erste Schritt dazu ist ein breiter öffentlicher Diskurs.

HINWEIS

► * Hans Groth ist Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen und Verwaltungsratsmitglied des World Democratic and Aging Forum (WDA) in St. Gallen. Er referiert am Montag, 9. Mai, am 20. Europa-Forum Luzern zum Thema «Der demografische Wandel als Stresstest für Gesellschaft und Wirtschaft: Szenarien und Herausforderungen bis 2030».

Die Gewerkschafter rufen nach höheren Renten

AHV Voraussagen sind schwierig, das zeigt die Politik immer wieder. Das jüngste Kapitel hat gestern Sozialminister Didier Burkhalter hinzugefügt. Die gute Nachricht: Die finanzielle Entwicklung der AHV ist zu pessimistisch eingeschätzt worden. Die Finanzierung werde erst ab 2020 zum Problem; die Finanzierung des Sozialwerks bleibt damit länger gesichert als angenommen. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrat. Zu den neusten Prognosen führten zwei Faktoren, wie Burkhalter vor den Medien in Bern sagte. Zum einen war die Zuwanderung in die Schweiz in den letzten Jahren viel stärker als angenommen – primär wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU. So rechnet der Bund bis 2030 im Durchschnitt jähr-

lich mit 40 000 statt wie bisher 15 000 Einwanderern. «Ohne die Zuwanderung wäre die AHV längst in den roten Zahlen», sagte Yves Rossier, Direktor des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV). Zum anderen hat der Bund die Lohnentwicklung unterschätzt: Der Strukturwandel in der Wirtschaft führte zu besser bezahlten Jobs. Damit fliessen mehr Beiträge in die AHV als prognostiziert.

Reform einmal mehr vertagt

Die schlechte Nachricht: Die AHV braucht schon bald neue Mittel. Gemäss den Prognosen des BSV wird das Vermögen des AHV-Fonds ab 2020 «zu schmelzen beginnen». Laut Burkhalter droht dieser gegen 2023 unter die kritische Grenze einer Jahresausgabe zu fallen. Das Loch werde

dann etwa 4,5 Milliarden Franken pro Jahr betragen.

Bei den anzupackenden Reformen setzt der Sozialminister auf die Methode, die er bisher ohne publikumswirksamen Erfolg auch im Gesundheitswesen praktiziert: Er sucht mit allen politischen Kräften den Dialog. Illusionen macht sich der FDP-Magistrat keine: «Je demokratischer ein Land ist, desto schwieriger wird die Reform der Altersvorsorge.» Laut Rossier müssen die Massnahmen ab 2020 greifen. Somit sollte Burkhalter die Vorlage gegen 2013 verabschieden.

Gewerkschaft erhebt Vorwürfe

Die neusten AHV-Prognosen des Bundes kommen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) entgegen. Dieser forderte gestern prompt höhere

Renten für mittlere und tiefere Einkommen. SGB-Präsident Paul Rechsteiner warf dem Bundesrat in diesem Kontext unlängst Schwarzmalerei und Sozialabbau vor. Rossier wies diese Vorwürfe zurück.

Nochmals eine Korrektur?

Der Chefökonom des SGB, Daniel Lampart, begrüsst die neuen Prognosen. Er rechnet aber damit, dass der Bundesrat diese nochmals korrigieren müsse. Der SGB hält denn auch an seinen eigenen Szenarien fest: Demnach ist die AHV bis 2025 ohne Beitragserhöhungen auch bei einer weiteren Zunahme der Lebenserwartung finanziert.